

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|------------------------|---------------|--------------------|
| Frau Jana Schulze | DIE LINKE | entschuldigt |
| Herr Hans-Wilhelm Dünn | CDU/ANW | nicht entschuldigt |
| Frau Imke Eisenblätter | Bürgerbündnis | entschuldigt |

zusätzliches Mitglied

| | | |
|----------------------|------------|--------------|
| Herr Dr. Jörg Kwapis | DIE aNDERE | entschuldigt |
|----------------------|------------|--------------|

sachkundige Einwohner

| | | |
|------------------|-----------|--------------------|
| Herr André Noack | DIE LINKE | nicht entschuldigt |
|------------------|-----------|--------------------|

Gäste:

| | |
|--------------------|-------------------------------------|
| Frau Uta Kitzmann | Fachbereich Soziales und Gesundheit |
| Herr Gregor Jekel | Fachbereich Soziales und Gesundheit |
| Frau Martina Spyra | Schritfführerin |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2015 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Bearbeitungsstand des Seniorenplanes der Landeshauptstadt Potsdam
- 5 Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit
und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber
- 6 Zwischenbericht zur Erstellung des Wohnungspolitischen Konzeptes
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams
Vorlage: 15/SVV/0187
: Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
OBR
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Morgenroth.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Morgenroth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Abstimmung zur Niederschrift vom 17.02.2015

Da es keine Wortmeldungen gibt, stellt Frau Morgenroth die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Morgenroth informiert, dass der Tagesordnungspunkt 5 „Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber“ auf Wunsch von Frau Eisenblätter in Abstimmung mit der Verwaltung auf die April-Sitzung 2015 des GSI-Ausschusses vertagt wird.

Frau Morgenroth stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Müller-Preinesberger informiert über den aktuellen **Stand Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen**. Sie teilt mit, dass sich die Zahl der Zuweisungen für 2015 ab dem 10.03.2015 auf 502 Menschen erhöht hat. Dazu kommen die noch aus den Zuweisungen von 2014 aufzunehmenden 104 Personen sowie die 20 Personen, die durch die Stadt Frankfurt/Oder aufgenommen wurden. Somit sind nach aktuellem Stand im Jahr 2015 insgesamt 626 Plätze zur Verfügung zu stellen. Bis einschließlich März 2015 wurden in Potsdam 217 Personen aufgenommen. Wenn keine immensen Erhöhungen der Zuweisungszahlen kommen, ist die Landeshauptstadt Potsdam in der Lage, die

Aufnahmekquote 2015 zu erfüllen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam von der neuen Regelung des Landes, auch ohne Freimeldung Flüchtlinge zuzuweisen, nicht betroffen ist, da das Aufnahmesoll bisher erfüllt werden konnte. Es wird auch weiterhin an der Erschließung weiterer Unterbringungsplätze gearbeitet. Die Baucontainer auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache in der Werner-Seelenbinder-Straße sollen bis zum 31.12.2015 als Notvariante stehen bleiben. Dies wird den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorgelegt. Des Weiteren informiert Frau Müller-Preinesberger, dass am 19.03.2015 die 2. Anwohnerinformation in Groß Glienicke durchgeführt wird, auf der sich auch der Internationale Bund als Träger der Flüchtlingsunterkunft vorstellen wird.

Bis Juni 2015 werden die Standorte Pirschheide (mit 80 Plätzen) und David-Gilly-Straße (mit 50 Plätzen + 10 Notplätzen) in Betrieb genommen. Zum September soll der Standort Horstweg/An den Kopfweiden mit 100 Plätzen ans Netz gehen.

Die Betreuung der Flüchtlinge erfolgt zurzeit durch vier Träger. Die AWO betreibt die Gemeinschaftsunterkunft im Lerchensteig. Der Internationale Bund betreibt die Standorte Haeckelstraße, Dortustraße und zukünftig Groß Glienicke. Die Gemeinschaftsunterkunft An der Alten Zauche wird in Trägerschaft des Diakonischen Werkes betrieben. Der Verein Soziale Stadt betreibt den Wohnungsverbund Staudenhof und die Gemeinschaftsunterkunft in der Hegelalle.

Es erfolgt ein ständiger Austausch des Koordinators für Flüchtlingsfragen mit allen Trägern.

Anschließend gibt Frau Müller-Preinesberger einen Überblick über die Altersstruktur der vom 01.01.2015 bis zum 17.03.2015 in Potsdam aufgenommenen Kinder: Aufgenommen wurden 23 Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren, 26 Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren und 19 Kinder und Jugendliche im Alter von 13 bis 19 Jahren.

Zu den bereits vorhandenen beiden Vorbereitungs- und Willkommensklassen in der Zeppelin-Grundschule und in der Da Vinci Schule wurde ab dem 16.03.2015 am OSZ I eine weitere Vorbereitungsklasse eingerichtet. Zwei weitere Vorbereitungsklassen sollen nach den Osterferien in der Weidenhof-Grundschule und der Grundschule im Bornstedter Feld eingerichtet werden.

Bezüglich Lernförderung wird davon ausgegangen, dass alle Flüchtlingskinder versetzungsgefährdet sind. Derzeit werden im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 43 Kinder gefördert.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam aufgrund der angespannten Belegungssituation in der Erstaufnahmestelle Eisenhüttenstadt in diesem Monat erstmalig 34 Flüchtlinge aufgenommen hat, die noch keinen Asylantrag gestellt haben.

Für die Integration von Flüchtlingen im Quartier stehen im Jahr 2015 insgesamt 150.000 Euro zusätzlich als freiwillige Leistung in der Stadt zur Verfügung. Die Mittel werden zur Förderung von Projekten für zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement eingesetzt, mit denen eine Integration von Flüchtlingen im Zusammenleben mit Anwohnerinnen und Anwohnern im Stadtteil befördert werden kann.

Die Verteilung der Mittel orientiert sich an der im Haushalt eingeplanten Gesamtsumme sowie der Anzahl der Plätze in den Flüchtlingsunterkünften eines Stadtteils.

Derzeit bzw. im Jahresverlauf werden an 12 Standorten in 9 Stadtteilen Flüchtlingsunterkünfte betrieben. Die Kapazität beläuft sich auf insgesamt 1.068 Unterkunftsplätze. Das entspricht einem Budget von rund 140 EUR pro Platz.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass hiermit nicht die Arbeit des

Trägers sondern die freiwilligen zusätzlichen Leistungen für die Integrationsarbeit finanziell unterstützt werden sollen.

Die Darstellung der Verteilung der Mittel wird als Anlage zum Protokoll ausgereicht.

Zusätzlich dazu hat die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Beschlusses der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016 zur Integration von Flüchtlingen beschlossen, in den Jahren 2015 und 2016 jeweils 26.000 Euro für „Flüchtlingspatenschaften“ und jeweils 10.000 Euro zur „Förderung Welcome United 03“ zur Verfügung zu stellen.

Somit stehen insgesamt 186.000 Euro für die Integrationsarbeit zur Verfügung.

Frau Dr. Schröter fragt, wie die Antragstellung für die Integrationsmittel erfolgt.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Mittel über die Initiativen in den Stadt- und Ortsteilen ausgereicht werden. Mit diesen wird durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit eine Leistungsvereinbarung geschlossen, die die Verwendung der Mittel, die Modalitäten der Auszahlung sowie die Nachweisführung regelt.

Frau Morgenroth spricht die Koordinierungsstelle „Neue Nachbarschaften“ an.

Daraufhin erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass es sich hierbei um eine Initiative des Stadtteilnetzwerks Potsdam West handelt, die als Träger finanziert werden möchten. Dies ist so nicht beabsichtigt, da mit den Integrationsmitteln nicht die Finanzierung eines Trägers erfolgen soll. Diese Mittel sollen den Menschen vor Ort für Projekte zur Verfügung stehen.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass geplant ist, bundesweit die **digitale Krankenkassenkarte für Asylsuchende** einzuführen. Das Land Brandenburg beabsichtigt, dies auch vorher im Alleingang realisieren. Potsdam hat bereits signalisiert, sich zu beteiligen. In der Landeshauptstadt Potsdam werden bereits jetzt schon Krankenscheine ausgereicht, ohne zu prüfen ob die Behandlung unabweisbar ist. Weitere Aussagen dazu sind auch in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 15/SVV/0056 zu finden.

Anschließend verweist Frau Müller-Preinesberger auf das vom Bund aufgelegte 1 Milliarde Euro Programm über zwei Jahre. Für Potsdam bedeutet dies 675.000 Euro pro Jahr. Das Land hat bereits signalisiert, das damit alle Anforderungen der Kommunen abgedeckt sind. Auf konkrete Nachfrage an das Land bezüglich der Erhöhung des Erzieberschlüssels in Kindertagesstätten mit einem hohen Anteil an Flüchtlingskindern wurde signalisiert, dass dies mit den Mitteln des Bundes abgegolten ist.

Auf Nachfrage von Herrn Buchheim informiert Frau Müller-Preinesberger, dass die **Nutzungsdauer der Container auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache** in der Werner-Seelenbinder-Straße für die Unterbringung von Flüchtlingen Ende April 2015 beendet sein sollte, da dann der Standort in der Pirschheide in Betrieb genommen wird. Voraussichtlich soll der Standort nun als Reservestandort bis zum 31.12.2015 verlängert werden.

Es gibt auch weiterhin Gespräche mit möglichen Investoren zur Errichtung weiterer Einrichtungen. Des Weiteren sollen verstärkt auch Flüchtlinge in Wohnungen vermittelt werden. Hier wird derzeit nach geeigneten Maßnahmen gesucht.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** zukünftig nach „Königsberger Schlüssel“ auf alle Bundesländer verteilt werden. Derzeit wird zusammen mit dem Land geprüft, wie betreutes Wohnen für diesen Personenkreis geschaffen werden kann. Dabei wird von einer Kapazität von 40 Plätzen ausgegangen.

Abschließend weist Frau Müller-Preinesberger darauf hin, dass am 19.03.2015, 18:00 Uhr in der Preußenhalle die **zweite Informationsveranstaltung** für die Bürgerinnen und Bürger in Groß Glienicke zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Waldschule durchgeführt wird.

Frau Kitzmann (FB Soziales und Gesundheit) informiert über **das erste Gespräch zur Schulabschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung**, dass am 05.03.2015 stattfand. In der Auftaktveranstaltung wurde zunächst die Sachlage zusammengefasst und Bedarfe analysiert. Es wurde festgestellt, dass 10 Potsdamer Jugendliche mit Behinderung einen Hortbetreuungsbedarf haben. Für 13 Jugendliche ist eine Ferienbetreuung gewünscht.

Es gab eine Verständigung dahingehend, dass eine Maßnahme mit einer Kapazität von 12 bis 16 Plätzen als Angebot für Potsdamer Jugendliche geschaffen werden soll.

Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens sollen Träger, die in Potsdam tätig sind, einbezogen werden. Das Angebot richtet sich in erster Linie an die behinderten Jugendlichen, bei Veranstaltungen sollen nicht behinderte Kinder einbezogen werden.

Es soll ein Fahrdienst von der Schule zum jeweiligen Schulabschlussangebot organisiert werden. Es wird eine Projektgruppe gebildet, in die auch die Elterninitiative einbezogen wird. Jetzt wird ein Vorschlag erarbeitet und dann dem GSI-Ausschuss präsentiert werden soll. Danach wird das entsprechende Vergabeverfahren eingeleitet.

Frau Basekow fragt, welchen Zeitrahmen dies in Anspruch nehmen wird und wo die betroffenen Kinder und Jugendlichen derzeit betreut werden.

Frau Kitzmann teilt mit, dass die Kinder derzeit im häuslichen Bereich oder über den Familien entlastenden Dienst betreut werden. Über den Zeitrahmen kann bisher noch keine Aussage getroffen werden.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass auch mit dem Bereich Schule Gespräche geführt werden müssen, um in der Comenius-Schule das Ganztagsangebot auszuschöpfen.

Frau Basekow bittet um Information im GSI-Ausschuss, wenn die Zeitschiene erarbeitet ist.

Frau Müller-Preinesberger sagt regelmäßige Informationen zu.

zu 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium

Frau Einbeck informiert, dass am 17.03.2015 das Jahresgespräch des **Beirates für Menschen mit Behinderung** mit dem Oberbürgermeister stattgefunden hat. Zum Zusammenwirken von Jugendamt und behinderten Eltern wird es einen Gesprächstermin zwischen Frau Einbeck und dem Oberbürgermeister geben.

Frau Einbeck teilt mit, dass der Behindertenbeirat durch die Unterstützung von

Frau Kitzmann einen Büroraum bekommt, der in ca. 6 Wochen bezugsfertig ist. Es handelt sich hierbei um den Raum 123 im Haus 2, gegenüber dem Seniorenbüro. Es hat bereits ein Gespräch mit Seniorenbeirat zur Zusammenarbeit stattgefunden.

Sie weist darauf hin, dass sich blinde Menschen nicht im Ratsinformationssystem orientieren können, da dies nicht barrierefrei ist.

Abschließend verweist Frau Einbeck auf die E-Mail-Adresse des Behindertenbeirates teilhabe@potsdam.de.

Herr Puschmann spricht das Gespräch zwischen dem Behindertenbeirat und dem **Seniorenbeirat** an und macht deutlich, dass hier festgestellt wurde, dass es sehr viele Schnittmengen gibt. Z.B. bei den Themen Wohnen, ÖPNV, Öffentlichkeitsarbeit und neuer Internetauftritt.

Am 18.03.2015 wird eine Klausur zur künftigen Arbeit durchgeführt.

Frau Gelfand informiert, dass die letzte Sitzung des **Migrantenbeirates** im Wohnungsverbund Staudenhof zusammen mit Asylbewerbern der Einrichtung stattgefunden hat. Sie hat dort aus dem GSI-Ausschuss vom 17.02.2015 berichtet.

Im Zusammenhang mit dem Vortrag des Jobcenters wurde das Thema Sanktionen als Problem deutlich gemacht.

Zur nächsten Sitzung des Migrantenbeirates am 26.03.2015 soll der Koordinator für Flüchtlingsfragen, Herr Bindheim eingeladen werden.

Frau Basekow regt an, einen Vertreter des Jobcenters Potsdam dazu einzuladen.

Frau Müller-Preinesberger stimmt dem zu und empfiehlt, zum Thema Sanktionen Herrn Thomann einzuladen. Hier muss ein Verfahren entwickelt werden.

Frau Morgenroth bittet Frau Gelfand, im GSI-Ausschuss dann eine Rückmeldung zu geben.

zu 4 Bearbeitungsstand des Seniorenplanes der Landeshauptstadt Potsdam

Frau Kitzmann (FB Soziales und Gesundheit) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über die aktuellen Einwohnerzahlen sowie die Prognose 2020. Sie erläutert die Pflegestatistik für den Zeitraum 2005 bis 2011 und verweist auf die bestehenden Angebote für ältere Menschen. Anschließend geht sie auf die zukünftigen Herausforderungen ein und erläutert die Zeitschiene für die Erstellung des Potsdamer Seniorenplanes sowie die Handlungsfelder.

Frau Basekow fragt, ob das Konzept auch Maßnahmevorschläge enthält.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Erstellung des Seniorenplanes nur durch die Bundesförderung mit Beteiligung der Betroffenen möglich ist. Sie erklärt, dass der Seniorenplan als Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und dann in den Fachausschüssen beraten werden soll. Ziel sollte es sein, den Plan regelmäßig auf die jeweiligen Bedarfe anzupassen. Dabei ist auch zu bedenken, dass sich die einzelnen Stadtteile verändern.

Frau Dr. Klockow stellt fest, dass es viele Konzepte in der Landeshauptstadt Potsdam gibt. Ihr fehlt eine Vernetzung der einzelnen Konzepte.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass sich die Vernetzung der Konzepte bereits in der Umsetzung befindet. Dies liegt in einem ersten Entwurf vor, der den Stadtverordneten nach Fertigstellung vorgelegt werden soll.

Auf Nachfrage von Frau Einbeck bezüglich der Förderung erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass die die Landeshauptstadt Potsdam auf eine Ausschreibung des Bundesgesundheitsministeriums beworben hat. Die 10.000 Euro Bundesförderung werden für die Erstellung des Planes ausgereicht, nicht für die Umsetzung.

Frau Einbeck fragt, ob es aufgrund der vielen Schnittmengen nicht sinnvoller wäre, einen Plan für Senioren und Behinderte zu erstellen.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass es bei der gesonderten Planung bleiben sollte, die aber an bestimmten Stellen für besondere Handlungsfelder zusammengeführt werden müsse.

Herr Otto fragt ob es einen Überblick über die Verteilung der Pflegebedürftigen in den einzelnen Stadtteilen gibt.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass es diesen Überblick bisher nicht gibt. Die Daten über die Pflegebedürftigkeit der bei ambulant gepflegten Menschen liegen bei der Pflegekasse vor.

Frau Klockow fragt, ob es eine Statistik darüber gibt, wie viele Auswärtige in Potsdamer Pflegeeinrichtungen betreut werden.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dazu es dazu keine Statistik gibt.

zu 5 Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 21.04.2015 verlagt.

zu 6 Zwischenbericht zur Erstellung des Wohnungspolitischen Konzeptes

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) gibt einen Sachstand zur Erstellung des Wohnungspolitischen Konzeptes. Er verweist dabei auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Erstellung des Wohnungspolitischen Konzeptes. Mit einem weiteren Beschluss sollte ein Expertengremium gebildet werden. Das Expertengremium „Potsdam 22“ hat den Auftrag weiter gefasst und Maßnahmen erarbeiten, die der StVV vorgelegt wurden.

Es wurde eine verwaltungsinterne Lenkungsgruppe unter Federführung des Bereiches Wohnen eingerichtet.

Des Weiteren gibt es einen Begleitkreis, in dem Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung mitarbeiten. Die 4. Begleitkreissitzung findet am 20. Mai 2015 statt. Am 30.6.2015 wird es eine weitere Öffentlichkeitsveranstaltung im Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte geben.

Das Wohnungspolitische Konzept soll im September 2015 der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden.

Frau Basekow fragt, ob im Konzept nur konsensfähige Ergebnisse enthalten sind.

Herr Jekel macht deutlich, dass man sich auf die gemeinsamen Dinge konzentriert. Er sagt zu, seine Ausführungen als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Frau Dreusicke fragt, ob nur die LHP betrachtet wird oder auch die Umlandgemeinden.

Herr Jekel erklärt, dass das Wohnungspolitische Konzept nur für Potsdam erstellt wird. Nur für bestimmte Bereiche wie z.B. studentisches Wohnen wird auch das Umland betrachtet.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams Vorlage: 15/SVV/0187

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Mertens weist darauf hin, dass das Klinikum Ernst von Bergmann aus seiner Sicht die Möglichkeit hätte, hier mehr zu tun. Eine Möglichkeit wäre z.B. die Gründung eines neuen medizinischen Versorgungszentrums. Theoretisch könnte das Klinikum Ernst von Bergmann auch Arztstühle kaufen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass dann auch Arztstühle zu verkaufen sein müssen.

Frau Hofmeister weist darauf hin, dass die ländlichen Gebiete Potsdam jetzt schon unterversorgt sind. Dazu kommt die schlechte Verbindung durch den ÖPNV z.B. zum Ortsteil Fahrland.

Frau Eifler verweist auf die Situation im Ortsteil Fahrland, wo Wohnungsneubau erfolgt und viele ältere Menschen wohnen. Hier wird aus Altersgründen demnächst die bestehende Arztpraxis aufgegeben. Für ältere oder beeinträchtigte Menschen ist dies ein großes Problem.

Herr Otto weist darauf hin, dass hier die LHP keine Einflussmöglichkeiten hat.

Herr Oqueka macht auf die bundes- und landesrechtlichen Regelungen aufmerksam.

Frau Dr. Klockow betont, dass darüber nachgedacht werden muss, wie die Mobilität verbessert werden kann und wie die Patienten zu den vorhandenen Ärzten gebracht werden können. Die Kommune hat keinen Einfluss auf die Einrichtung von Arztpraxen.

zu 8 Sonstiges

Frau Morgenroth informiert, dass die Sitzung am 21.04.2015 im Gemeinschaftsraum des Wohnungsverbundes Am Alten Markt 10 (Staudenhof) stattfindet. Schwerpunktthema wird die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sein. Fragen und Themenvorschläge können bei Frau Spyra eingereicht werden.

Nächster GSI-Ausschuss: 21. April 2015, 18:00 Uhr

**Birgit Morgenroth
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**